

Die Sparpakete sind geschnürt und warten auf die Zustellung. Die Empfänger erkennen langsam, was das für

# Nationale Feiern im Schatten der Budgetkürzungen

Die Kürzungen im Budget sind kommuniziert, die Betroffenen nehmen nach und nach wahr, was die neuen Belastungen für sie selbst bedeuten. Die Bundespolitik springt derweil zum nächsten Thema: der Wehrpflicht.

Conrad Seidl

Wien – Das Wehrbudget wurde zusammengestrichen wie nie zuvor – aber wenn es gilt, zackig aufzutreten, da lässt sich das Bundesheer keine Schwäche anmerken. Der Nationalfeiertag brachte die traditionelle Leistungsschau auf dem Wiener Heldenplatz – und Reden, die eine recht unterschiedliche Einschätzung der Sicherheitspolitik offenbarten.

Bundespräsident und Oberbefehlshaber Heinz Fischer mahnte, vom in der Verfassung verankerten Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nur abzugehen, wenn ein „eindeutig besseres Modell“ auf dem Tisch liege. Besser heiße auch, dass es nicht teurer sein dürfe als das bestehende System: „Mit einem Wort: Zuerst prüfen, dann entscheiden.“

Die Regierungsmitglieder taten dagegen so, als sei man mit dem Prüfen schon recht weit. ÖVP-Chef Josef Pröll sagte zwar, dass die Wehrpflicht ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Identität sei. Aber er will sie relativieren – die Aufgaben des Bundesheeres gehörten ohnehin neu definiert. Bundeskanzler Werner Faymann (dessen Wiener Parteifreund Michael Häupl die Debatte angestoßen hatte) wurde noch deutlicher: „Es darf sich niemand der Diskussion verschließen. Wer sich vor der Frage drückt, wie die militärische Landesverteidigung von morgen in einem geeinten Europa aussehen kann, der erweist dem Land keinen guten Dienst“

Die Erfahrungen und Modelle anderer Länder Europas, die sich

für ein Berufsheer entschieden haben, seien dabei einzubeziehen. Die Sicherheitsstrategie und die sich daraus ableitende Organisation des Bundesheeres seien in den nächsten Monaten neu festzulegen. Damit sei der Start für eine offene Diskussion gegeben.

Auch die Grünen schalteten sich in die Diskussion ein – Parteichefin Eva Glawischnig meint, es sei nicht mehr zeitgemäß, jungen Männern am Beginn ihres Berufslebens ein halbes Jahr zu rauben. Überhaupt stehe der Nationalfeiertag heuer im Zeichen eines „Belastungspakets der Sonderklasse“

für die Jugend: Die Bildungschancen würden immer geringer. Vom Kindergarten über die Schulen bis zu den Universitäten seien die Österreicher mit einschneidenden Kürzungen konfrontiert.

Das Sparbudget war dann auch beim Tag der offenen Tür im Kanzleramt und in den Ministerien ein Thema. Kanzler Faymann zeigte für die vorgebrachten Beschwerden zwar Verständnis, verwies aber auf die Konsolidierungsnotwendigkeit: „Ich wünsche mir auch mehr, aber das ist das Problem mit dem Sparbudget.“

Eine offene Tür gab es auch bei Bundespräsident Fischer. Dieser nützte seine Fernsehansprache dazu, für ein Bleiberecht für gut integrierte Zuwandererfamilien zu werben. Das „würde viel Arbeit sparen, auch viele Tränen und viel Kritik“.

Kommentar Seite 36



Offene Tür in der Präsidentschaftskanzlei: Präsident Fischer (mit Gattin Margit) macht sich für integrierte Zuwanderer stark. Foto: APA/HBF

## Patrik, das versenkte U-Boot und Frau Dr. Ausnahme

Streichung der Familienbeihilfe ab 24 – Wissenschaftsministerin Karl will soziale Folgen beobachten

Lisa Nimmervoll

Wien – Man nehme eine Plastikflasche, das Mundstück eines Trinkhalms, Draht und Wasser, kombiniere es sachgerecht, und schon ist das U-Boot startklar. Wie das funktioniert, lernt man zum Beispiel an der Technischen Universität Wien. Und wer nicht an die Uni gehen kann oder will, konnte am Nationalfeiertag am Minoritenplatz vor dem Wissenschaftsministerium erklärt bekommen, wie das ist, mit sinkenden U-Booten. Das vom Physiker Bernhard Weingartner (TU Wien) erfundene „Physikmobil“ (*physikmobil.at*) – ein altes Lastenfahrrad samt „Trickkiste“ und „kommunikationsfreudiger WissenschaftlerInnen“ – machte Halt und brachte Wissenschaft unter die Leute.

Am „Steuer“ des U-Boots war Patrik – und so wie es aussieht, wird er in Zukunft öfter „das Boot“ spielen müssen, denn „mit so was verdiene ich mir mein Geld nebenbei“. Der Bedarf wird in Zukunft größer sein, denn Patrik ist vom Regierungsplan, die Familienbeihilfe für über 24-Jährige zu streichen (bisher gab es sie bis 26) betroffen. Der Physikstudent an der TU Wien ist „schon“ 25 Jahre alt – ein Jahr davon hat er für den Zivildienst „verbraucht“. Patrik hat aber „Glück, denn meine Eltern haben mir gleich zugesichert, dass sie mich jetzt unterstützen“, sagt er zum STANDARD. Immerhin, Zivil- und Präsenzdienst werden künftig herausgerechnet.

### „Studium ist ein Vollzeitjob“

Der eine, der Finanzminister, nimmt's, die anderen, die Eltern, geben's, wird's aber nicht in allen Familien spielen. Das ist auch der Physikmobilistin Tamara klar, die keine Betroffene ist, denn sie ist eine besonders Schnelle, nämlich mit 24 „am Ende des Studiums“. Sie schafft sogar ihre Doktorarbeit innerhalb der Frist, die der Staat künftig noch mit Familienbeihilfe alimentieren will. Aber, sie nennt sich selbst „eher die Ausnahme“. Sie wurde immer von den Eltern unterstützt und musste während des Studiums „nur am Samstag an der Kassa arbeiten“. Vor allem sei zu bedenken: „Gerade in der Endphase mit 24, 25 ist ein Studium ein Vollzeitjob.“ Da könnten viele Studierende den fehlenden Geld-

betrag schmerzlich zu spüren bekommen. Wenn man dann noch ein Auslandssemester machen solle, „und das soll man ja, aber es wirft einen im Studium zurück“, werde es sehr schwer, in der Mindeststudiendauer zu bleiben.

Das ist auch Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP) klar. Viele Job-Profile sähen am liebsten möglichst junge Menschen mit möglichst viel (auch Auslands-) Erfahrung: „Das erhöht natürlich den Druck auf die Studierenden, möglichst schnell zu studieren.“

Sie selbst wäre zwar von der gekappten Familienbeihilfe für ältere Studierende nicht betroffen gewesen, weil sie ihren Jus-Magister im Schnelldurchlauf erworben und „die Dissertation als Uni-Assistentin geschrieben“ hat, aber, sagte Karl zum STANDARD: „Ich verstehe auch, „dass sich die Studierenden vor den Kopf gestoßen fühlen“. Darum werde sie die Auswirkungen im Rahmen der Erhebung über die soziale Lage der Studierenden auch beobachten. Die sehen jedenfalls schwarz – zwei Dutzend Studierende legten auf den Stufen der Uni Wien einen Kranz nieder. Zu beklagen galt es „den Tod der Zukunft Österreichs“.

### Einnahmen der Studierenden

Durchschnittlich in Euro pro Monat 2009



Quelle: APA, IHS

DER STANDARD

## Im Schnitt neun bis zwölf Euro mehr Pension

1,2 Prozent mehr im Monat für 90 Prozent der Senioren, ab 2310 Euro keine Erhöhung

Wien – Zuerst wurde das Budget in Loipersdorf trockene Tücher gebracht, dann ging die Regierung daran, in Wien mit den Seniorenvertretern ihre jährliche „Gehaltserhöhung“ auszuverhandeln. Herausgekommen ist ein Plus von 1,2 Prozent für rund 90 Prozent der Pensionisten. Das sind jene, die bis 2000 Euro brutto monatlich bekommen. Ab dann wurde eine sozial gestaffelte Abschmelzung der Pensionserhöhung vereinbart, die bei Pensionen in der Höhe von

2310 Euro endet. Diese hohen Pensionen werden also im Jahr 2011 nicht erhöht. Im Schnitt über alle Pensionsempfänger kommt ein Plus von 0,9 Prozent heraus.

Die Erhöhung um 1,2 Prozent entspricht dem Vorschlag der Pensionskommission. Von dieser Inflationsabteilung profitieren gut 90 Prozent der ASVG-Versicherten, Selbstständigen und Bauern – sie werden zwischen neun und zwölf Euro monatlich mehr bekommen. Über der Höchstgrenze,

ab der es keine Pensionserhöhung gibt, sind vor allem Beamte.

Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) kostet die Einigung rund 335 Millionen Euro. Er sprach von einem „verantwortungsvollen Ergebnis“. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bezeichnete es als „innere Verpflichtung“, dass den Beziehern kleinerer Pensionen die Inflation abgegolten werde.

Die Seniorenvertreter waren nur bedingt zufrieden. ÖVP-Seniorenbundchef Andreas Khol sagte, der Abschluss sei für „viele gut, aber für manche schmerzhaft“. SPÖ-Pensionistenverbandschef Karl Blecha erinnerte an die „großen Opfer“ der Pensionisten für die Budgetkonsolidierung.

Massive Kritik lösen die Verschärfungen beim Pflegegeld aus (s. Grafik). Diakonie-Direktor Michael Chalupka hält die geplanten Einschnitte für „nicht vertretbar“. Der Wiener Caritas-Direktor Michael Landau hätte sich statt Kürzungen Investitionen im Pflegebereich gewünscht: „Es muss dringend nachjustiert werden.“ Hilfswerk-Präsident Karas (ÖVP) vermisst ein Gesamtkonzept zur Pflege. Auch Lebenshilfe, IG Pflege, Behindertenverband und Zivilinvaliden protestierten. (APA, nim)

Entwicklungshilfebudget und Wertpapiersteuer Seite 20

### Neuerungen beim Pflegegeld

Budgetplan der Regierung

| Pflegestufen   | Euro/Monat                | Bezieher Aug. 2010 |
|--|---------------------------|--------------------|
| 1 Über 60 Stunden (NEU) Pflege pro Monat – bisher 50 Stunden   | 154,20                    | 77.448             |
| 2 Über 85 Stunden (NEU) Pflege pro Monat – bisher 75 Stunden   | 284,30                    | 121.018            |
| 3 Über 120 Stunden pro Monat   | 442,90                    | 60.149             |
| 4 Über 160 Stunden pro Monat   | 664,30                    | 52.443             |
| 5 Über 180 Stunden, Dauerbereitschaft einer Pflegeperson nötig   | 902,30                    | 33.288             |
| 6 Über 180 Stunden, ständige Tag- und Nachtbetreuung   | NEU 1.260<br>bisher 1.242 | 12.454             |
| 7 Über 180 Stunden, keine zielgerichtete Bewegung der Gliedmaßen oder ständiger Einsatz lebenserhaltender Geräte | 1.655,80                  | 6.653              |

Quelle: APA/Sozialministerium, Hauptverband

DER STANDARD

### Sparpaket – Studenten verlieren 130 Millionen

Uni, FH und Pädagogische HS

Betroffen: 43.000 Studenten

Anspruchsdauer endet mit dem vollendeten 24. Lebensjahr\*

| Familienbeihilfe   | in Euro  |
|--------------------|----------|
| 13 x 152,70        | 1.985,10 |
| Kinderabsatzbetrag |          |
| 12 x 58,40         | 700,80   |
| → pro Student/Jahr | 2.685,90 |

Betroffen: 106.000 Studenten

Streichung 13. Familienbeihilfe

→ pro Student/Jahr 152,70

Einsparung Gesamt 130 Mio.

Weitere mögliche Belastungen

- Semestertickets
  - Mitversicherungen
  - Waisenpensionen
- orientieren sich am Bezug der Familienbeihilfe



\* bisher 26. bzw. in Ausnahmefällen 27. Lebensjahr

Quelle: APA, ÖH

DER STANDARD